Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 547. Abendblatt. Freitag, den 23. November. 1866.

Deutschland.

Berlin, 23. November. Sr. Maj. dem Könige gehen auf Schloß Blankenburg von hier aus alle die Sachen zu, welche eine sofortige Erledigung erheischen. Einer von Blankenburg gestern hier eingegangenen Mittheilung zufolge befindet sich der König im besten Wohlsein und hat bereits mehrere Audienzen ertheilt. Zum gestrigen Diner im Bergschlosse wurde Se. Kgl. Hoheit der Kronprinz erwartet, welcher sein Ausbleiben am Mittwoch mit der Geburtstagsfeier der erlauchten Gemahlin hatte entschuldigen lassen. Die Einladung des Herzogs von Anhalt zu den Hofjagden, die am 29. und 30. in den Herzoglichen Forsten abgehalten werden sollen, hat Se. Majestät der König angenommen und wird sich Tags zuvor nach Dessau begeben.

— Der Herzog von Sachsen-Meiningen wird Anfangs Dezember mit seiner Gemahlin Feodore an den Königlichen Hof zum Besuch kommen, und während dessen Dauer im hiesigen Schlosse Wohnung nehmen.

— Oberhessen soll nach dem Friedensvertrage bekanntlich dem norddeutschen Bunde beitreten. Zugleich aber soll es zu Darmstadt gehören und von dort aus regiert werden, und zwar von demselben Ministerium, welches seither gegen Preußen stand und innerlich wohl noch unverändert ist. Eine rührige Partei in Darmstadt agitirt fort und fort gegen Preußen und dessen Regierung; sie verherrlicht den hessischen Partikularismus, erklärt die, welche Anschluß an Preußen wünschen, für Landesverräther und verkündigt es laut, wer nicht Mediatisirung Hessens wolle, müsse sich gegen Preußen erklären. In diesem Tone reden namentlich die in Darmstadt erscheinenden „Hessischen Volksblätter". Aehnlich, wenn auch etwas gemäßigter, läßt sich die offizielle „Darmstädter Zeitung" vernehmen. Dies Blatt, dessen ganze Haltung auch sonst eine höchst armselige ist, wirkt aber darum besonders nachtheilig, weil es von allen Gemeinden gehalten werden muß und eben so von den meisten Kirchen. Alle Bürgermeister, Rechner u. s. w. dort schöpfen einzig aus dieser Zeitung ihre politischen Anschauungen und so dringen diese von der „Darmstädter Zeitung" kolportirten Gedanken bis in die kleinsten Dörflein hinein. Die Stellung Oberhessens, sagt im Hinblicke auf diese Verhältnisse die „N. Pr. Z.", wird durch solches Vorgehen eine höchst peinliche und kaum haltbare. Wenn das Ministerium in Darmstadt die Gesinnung hat, welche jene sogenannte konservativ-liberale Partei ausspricht und ihm beilegt, dann steht Oberhessen zwischen zwei sich widerstreitenden Gewalten in der Mitte, und diese Position ist offenbar weder angenehm noch förderlich. Dann würde es Pflicht aller derer sein, welche das Wohl der Provinz Oberhessen im Auge haben, dahin zu arbeiten, daß für Oberhessen eine getrennte Regierung eingesetzt würde. Man kann einem ehrlichen Menschen doch nicht zumuthen, auf zwei Achseln zu tragen, halb nach dem alten System zu regieren und halb mit dem norddeutschen Bunde zu gehen. Die Stimmung Oberhessens ist in den selbstbewußten Kreisen ganz entschieden für Anschluß an Preußen, und die Darmstädter Blätter täuschen sich oder sagen geflissentlich die Unwahrheit, wenn sie anders berichten.

— Der Magistrat von Berlin hat nun auch die Wahlbezirke festgestellt, in welche die Hauptstadt für die Wahlen zum norddeutschen Parlament einzutheilen war. Berlin hat für diese Versammlung, wie wir früher bereits mittheilten, 6 Abgeordnete zu wählen und dem entsprechend ist es in 6 Wahlbezirke getheilt worden, da bei direkten Wahlen eine Zerfällung der Wahlbezirke in Unterabtheilungen, wie sie bei den indirekten Wahlen für das preußische Abgeordnetenhaus stattfindet, nicht nöthig erschien.

— In Buenos-Ayres ist auch ein Comité zusammengetreten, um Sammlungen für die preußischen Invaliden zu veranstalten. Die erste Sammlung für diesen wohlthätigen Zweck hatte 13,100 Peso's eingebracht.

— Wegen der bevorstehenden Pariser internationalen Industrie-Ausstellung und der dadurch bedingten gesellschaftlichen Verpflichtungen des Botschafters sollen, wie die „Köln. Ztg." meldet, für Einrichtungen im dortigen preußischen Botschaftshause 25,000 Thlr. bewilligt werden.

— Die in Berlin bestehende v. Savigny-Stiftung, welche bekanntlich von einer Gesellschaft von Juristen begründet worden ist und den Zweck hat, die Ideen des großen Rechtsgelehrten, dessen Namen sie trägt, auf dem Gebiete des römisch-germanischen Rechts zu fördern, erfreut sich bis in das fernste Ausland der Theilnahme und Unterstützung. So ist kürzlich von dem Vorstand der Advokaten-Korporation in Buenos-Ayres, Jose Roque Perez, auf die von dem Vorsitzenden der Stiftung, Stadtgerichtsrath Grafen von Wartensleben, an diese Korporation gerichtete Einladung, sich dem Institut anzuschließen, ein sehr verbindliches Antwortschreiben erfolgt, in welchem die Bereitwilligkeit der dortigen Advokaten-Korporation ausgesprochen wird, der an sie ergangenen Aufforderung zu folgen. In der Sitzung, in welcher die Korporation diesen Beschluß faßte, hielt ein Mitglied derselben, Dr. Lopez, einen Vortrag, in welchem den hohen Verdiensten v. Savigny's um die deutsche Rechtswissenschoft die wärmste Anerkennung gezollt wurde. Von dem Verwaltungsrath wurde der Korporation ein Beitrag von 500 Pesos duros für die Savigny-Stiftung angewiesen.

— Der Handelsminister hat, nach der „Bk.- u. H.-Z.", dem im Kreise Wipperfürth vorhandenen Eisenbahn-Comité die Mittheilung gemacht, daß er nicht abgeneigt ist, der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft die Konzession für die Weiterführung der Bahn von Ehrenbreitstein nach Siegburg durch's Aggerthal und ohne Zweifel bis in das Ruhrgebiet zu gewähren. Es ist bekannt, daß gedachte Gesellschaft sich schon früher um diese Konzession bemüht hat.

— Die in dem Gefechte bei Uettingen am 26. Juli d. Js. gefallenen preußischen und baierischen Krieger sind auf einem Acker bestattet worden, der nur durch einen schmalen Weg vom Friedhofe dieses Dorfes getrennt ist. Um zu verhindern, daß dies Terrain ferner wieder als Ackerland benutzt, vielmehr für alle Zeiten mit dem Friedhofe vereinigt wird, sind (wie das Wchbl. d. Joh.-Ord." meldet) vom Johanniter-Orden der evangelischen Gemeinde zu Uettingen, durch den Johanniter-Ritter Frhrn. v. Leesen in Gotha, der die betreffenden Unterhandlungen dieserhalb mit dem Gemeinde-Vorstande geführt hat, die Mittel gewährt worden, welche zum Ankauf desselben und Umwährung mit einer Mauer erforderlich sind.

— Nach einer Verfügung des Königl. General-Post-Amtes ist mit der Ober-Post-Direktion für Schleswig-Holstein eine Verständigung dahin getroffen worden, daß bei der dienstlichen Versetzung von preußischen aktiven Militärs und Militärbeamten aus Preußen nach den Herzogthümern Schleswig-Holstein und umgekehrt daher nach Preußen, die Nachsendung der Zeitungen, nach den für den internen preußischen Zeitungs-Debit bestehenden Grundsätzen im Wege der Ueberweisung und unentgeltlich erfolgen soll.

— Die Seepost-Verbindung zwischen Lübeck und Christiania ist für das laufende Jahr geschlossen. Briefpostsendungen nach Norwegen erhalten demnach bis auf Weiteres ausschließlich über Kopenhagen und Malmoe Beförderung. Fahrpostsendungen dahin werden, wenn die Spedition über Lübeck verlangt wird, gleichfalls im Transit durch Dänemark und Schweden befördert. In den Portosätzen für Briefpostsendungen tritt eine Aenderung nicht ein; für Fahrpostgegenstände treten dagegen die Beschränkungen wieder ein, welche früher schon nach dem Schlusse der direkten Dampfschiffsfahrten für die Winterzeit vorgesehen sind.

— Anträge auf Halbsold müssen, bevor sie von den Vorgesetzten der Antragsteller den Korps-Intendanturen zur Weiterbeförderung an das Königl. Kriegsministerium eingereicht werden können, von einer Bescheinigung der Polizeibehörde begleitet sein, daß die Betreffenden bisher noch keine Civilstellung haben erlangen können. Die Intendanturen reichen dann ihre hierauf begründeten Anträge dem Ministerium halbmonatlich zur Entscheidung ein.

— Von dem Abgeordneten Eberty wird ein Gesetzentwurf eingebracht, der den Zweck hat, die vorläufige Beschlagnahme von Zeitungen und Druckschriften, sowie der zur Vervielfältigung derselben bestimmten Platten und Formen zu beseitigen.

— Vom Main, 18. November, wird dem „Fr. J." geschrieben: „In einigen Blättern liest man, bei dem Einzuge in Würzburg sei dicht hinter dem General Vogel v. Falckenstein ein Jesuit (als Feldpater) geritten. Aus diesem Umstande, in Verbindung damit, daß in dem protestantischen Preußen überhaupt der Jesuitenorden unbeengte Duldung genieße, wird Kapital gegen Preußen gemacht, namentlich aber denjenigen Blättern der Mund zu schließen versucht, welche dem österreichischen Kaiserstaate das Hegen und Pflegen des Jesuitenordens zum Vorwurfe machen. Nun ist aber zufälliger Weise General v. Falckenstein gar nicht in Würzburg gewesen (sondern General v. Manteuffel), und damit fällt das ganze Raisonnement von selbst zusammen."

— Der Ober-Landstallmeister Baron v. Maltzahn hat, wie schon mitgetheilt, in England 14 Zuchtpferde angekauft. Von diesen sind dem Gestüt zu Trakehnen überwiesen 2 Vollbluthengste, darunter der berühmte Ethelred, 1 Vollblutstute, 4 Suffolkhengste und 2 gleiche Rappstuten. Die übrigen Pferde sind, nachdem sie Se. Maj. der König besichtigt hatte, theils nach dem Landgestüt Graditz, theils nach dem Friedrich-Wilhelms-Gestüt zu Neustadt a. D. abgeführt worden.

— Die Budget-Kommission des Hauses der Abgeordneten, obwohl sie ihrer gewohnten Arbeit offiziell entbunden ist und in Bezug auf den Staatshaushalts-Etat dem in der Vorberathung desselben begriffenen Plenum nur in besonderen Fällen als Reserve dienen soll, setzt ihre Thätigkeit gleichwohl privatim fort, vertheilt die Spezialetats unter ihre Mitglieder, nimmt die Berichte derselben entgegen und trägt, indem die Ergebnisse dieser Thätigkeit in die vorbereitenden Versammlungen der Fraktionen übergehen, ihrerseits indirekt zur Förderung der Vorberathung im Plenum bei.

— Der Bericht der Finanz-Kommission des Abgeordnetenhauses über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Uebernahme der Grundsteuer-Veranlagungskosten auf die Staatskasse, ist im Druck erschienen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Aßmann. Der Bericht hebt hervor, daß es sich dabei nur um die Uebernahme der Kosten handelt, welche durch die Ermittelung des Reinertrages der Liegenschaften zum Zwecke der Grundstener-Vertheilung entstanden sind, nicht auch um die Uebernahme der durch die Untervertheilung der Grundsteuersummen auf die einzelnen Liegenschaften bereits entstandenen und noch entstehenden Kosten. Die Finanz-Kommission, deren Berathung der Geheime Rath Ambronn als Vertreter des Finanz-Ministeriums beiwohnte, hat beschlossen, die Vorlage unverändert dem Hause zur Annahme zu empfehlen.

— In der letzten Monatsversammlung des „nordischen Nationalvereins" hat der Redakteur des Stockholmer Journals „Aftonbladet" das Programm einer skandinavischen Union auseinandergesetzt, das einen interessanten Einblick in die Plane der Agitatoren für den Skandinavismus darbietet. Der Redner erwähnte zuerst, daß schon nach Beendigung des letzten dänischen Krieges die in Deutschland immer stärker gewordene Strömung nach einm einheitlichen Verbande auch in den skandinavischen Stämmen die Ueberzeugung wachgerufen habe, daß nur in einem engeren Anschluß derselben eine Gewähr für deren Zukunft liege. Der norddeutsche Bund erscheint dem Redakteur des „Aftonbladets" als eine Bürgschaft für die Möglichkeit einer praktischen Lösung der skandinavischen Frage, auch für den Fall, daß jedem der nordischen Königreiche seine Dynastie und seine innere Selbstständigkeit erhalten bleibe. Die größte Schwierigkeit erblickt der Redner darin, wie eine Centralgewalt zu gestalten wäre, an welcher alle Theilnehmer der skandinavischen Konföderation mit gleichen Rechten betheiligt wären. Nachdem er mehrere Lösungen in Vorschlag gebracht, bezeichnet er nachstehende als die praktischste: dem König von Schweden und Norwegen würde die oberste Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und der Landesvertheilung zustehen, doch würde ihm ein von den drei Königreichen ernannter „Bundesrath" berathend zur Seite stehen; auch würden die „Bundesminister" für den Krieg und das Auswärtige dem „Bundesparlament" verantwortlich sein, daß sich in Gothenburg versammeln und aus zwei Häusern bestehen sollte. Das Unterhaus hätte aus Abgeordneten zu bestehen, die nach den jeweilig in den Bundesländern bestehenden Wahl-Gesetzen, und nach dem Verhältniß der Bevölkerung gewählt warden: das Oberhaus sollte nur aus einer gleichen Zahl Abgeordneter (30) aus jedem Königreiche zusammengesetzt sein, welche von den Landesvertretungen zu wählen wären. Der Redner schloß mit einer etwas dithyrambischen Beschreibung der Zukunft, welche erstehen würde, wenn alle Nationen Europa's in sich geeint, den Sieg der nationalen Ideen in allgemeiner Verbrüderung feiern würden. Man sieht, daß die Idee des Panskandinavismus allmählig ein greifbare Gestalt annimt, denn das obige Programm ist ziemlich präzis gefaßt. Daß Dänemark sich dabei sehr behaglich fühlen sollte, ist kaum zu erwarten, denn nach allen schönen Redensarten würde Kopenhagen bald ganz nur eine Provinzialstadt des neuzuschaffenden Reiches sein.

— Die hier anwesenden Nordamerikaner werden ihr National-Dankfest am 29. d. M. hier feierlich begehen.

— Der in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Handelsminister überreichte Entwurfe zu einem Gesetze wegen Abänderung mehrerer Vorschriften über das preußische Post-Taxwesen lautet folgendermaßen: §. 1. Der einfache Portosatz für die innerhalb des preußischen Postgebiets gewechselte Korrespondenz soll im Frankirungsfalle betragen: unter und bis 20 Meilen 1 Sgr., über 20 Meilen 2 Sgr. Bei unfrankirten oder unzulänglich frankirten Briefen tritt, auf Entfernungen über fünf Meilen, ein Zuschlag-Porto hinzu, welches im einfachen Satze 1 Sgr. beträgt. §. 2. Bei Briefen mit deklarirtem Werthe soll auf Entfernungen über fünf Meilen das Gewichtsporto für frankirte und unfrankirte Sendungen stets nach denjenigen Sätzen erhoben werden, welche für unfrankirte gewöhnliche Briefe nach §. 1 maßgebend sind. §. 3. Für Päckereien bewendet es bei den bisherigen Minimal-Portobeträgen. §. 4. Die dem Post-Taxwesen für Versendungen zum Grunde zu legenden Entfernungen werden nach deutschen (geographischen) Meilen bestimmt. Das Postgebiet wird in quadratische Taxfelder von höchstens zwei deutschen Meilen Seitenlänge eingetheilt. Der direkte Abstand des Diagonal-Kreuzpunkts des einen von dem des anderen Quadrats bildet die Entfernungsstufe, welche für die Taxirung der Sendungen von den Postanstalten des einen nach denen des andern Quadrats maßgebend ist. Die bei den Entfernungsstufen sich ergebenden Bruchmeilen bleiben unberücksichtigt. §. 5. Das gegenwärtige Gesetz kommt vom 1. Juli 1867 ab in Anwendung." — Die „B. B.-Z." bemerkt hierbei: Wir können kaum annehmen, daß das Abgeordnetenhaus diesem Gesetzentwurf ohne Weiteres zustimmen wird. Derselbe führt einmal das im preußischen inneren Postverkehr bisher unbekannt gewesene Strafporto von 1 Sgr. für die Entfernungen über 5 Meilen ein, eine Strafe, die bisher nur für den Verkehr mit dem deutschen Ausland erhoben und dabei verhaßt genug ist, weil sie zur Frankirung der Briefe zwingen will und eingestandenermaßen auch zwingen soll. Dann sind aber auch die Erleichterungen, welche der Gesetzentwurf für den brieflichen Verkehr bietet, nur sehr gering. Eine Herabminderung des Porto's für den einfachen Brief würde nach dem Entwurf bei Einführung des Strafporto's nur für solche Briefe eintreten, die frankirt innerhalb Preußens 20 Meilen und mehr durchlaufen. Im Uebrigen bliebe Alles hübsch beim Alten — ja bei Briefen, die unfrankirt 5—10 Meilen weit gehen, würde sogar eine Erhöhung des Porto's um 1 Sgr. eintreten. Wir glauben daher, daß man eine Amendirung des Gesetzes mit Sicherheit erwarten darf.

Danzig, 20. November. Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen sind in der dritten Abtheilung sämmtlich auf die von den „Handwerksfreunden", der hier neulich sich gebildet habenden liberal-konservativen Koalition, nominirten Kandidaten gefallen, obschon von der Gegenpartei noch in der eilften Stunde nicht unerhebliche Gegenanstrengungen gemacht wurden. — Gestern ist hier eine Person verhaftet worden, welche im dringenden Verdachte steht, falsche Einthaler-Stücke (solche sind in letzter Zeit hier wiederholt vorgekommen) gemacht zu haben. Der Verhaftete war vor einiger Zeit von auswärts hierher gekommen.

Breslau, 21. November. Die Deputation der Stadt, welche von Sr. Maj. dem Könige die Gewährung eines Zuschusses von 100,000 Thlrn. zur Gründung einer Kunst-Akademie in Breslau erbitten sollte, wurde gestern vorerst von den Ministern der Finanzen und des Kultus, dann aber auch von Sr Majestät empfangen. Nach den hierher gelangten Nachrichten dürfte die Gewährung der Bitte in Aussicht stehen.

Halberstadt, 20. November. Bei den Stadtverordneten sind aus der Wahl der 1. Klasse sämmtliche Kandidaten der konservativen Partei hervorgegangen.

Hannover, 20. November. Die „Augsb. Allg. Ztg." bringt aus der Feder eines Mitgliedes der hannoverschen Ritterschaft eine Darstellung der Parteiverhältnisse, worin es u. A. heißt: Wichtig für die Parteibildung war die bekannte ritterschaftliche Versammlung vom 7. d. Auch in ritterschaftlichen Kreisen hat sich eine preußische Partei zu bilden begonnen. Der Lüneburgische Landschafts-Direktor v. d. Knesebeck stand schon vor dem Kriege auf dieser Seite. Graf Münster-Derneburg ist offen zu derselben übergetreten. Graf Borries wird wenigstens seit dem 7. November als dieser Gruppe angehörig zu betrachten sein, und es unterliegt keinem Zweifel, daß von mehreren namhaften Personen unter den Konvokanten der gedachten Versammlung eine Annäherung an Preußen zur Wahrung spezifisch ritterschaftlicher Interessen beabsichtigt war. Allein in der Versammlung selbst siegte die Gefühlspolitik über die Verstandespolitik. Der Anstoß zu dieser Wendung ging von den sogenannten neuen hannoverschen Provinzen aus. Die Osnabrücksche Ritterschaft, darunter viele Münsterländer, hatten gegen eine Adresse an den König von Preußen (nicht gegen die Versammlung) protestirt. Von einigen Ostfriesen war ein ähnlicher

Protest eingereicht. Ein alter Herr aus dem Bremischen brachte einen wärmeren Ton in die Verhandlung, indem er hervorhob, daß man als Hannoveraner und nicht als Ritter hier sei. Ein Vortrag des ehemaligen Ministers v. Hodenberg entschied dann: 110 von etwa 130 Anwesenden unterschrieben die Erklärung, welche das Recht der hannoverschen Dynastie nicht aufgiebt und den Kampf auf das Gebiet der Verfassungsrechte hinüberzuspielen sucht.

Celle, 21. November. Die Städte Celle, Gifhorn und Verden haben vorgestern eine gemeinschaftliche Deputation nach Berlin entsandt, um dort an maßgebender Stelle für ein neues Eisenbahnprojekt zu wirken, welches die Anlage einer Eisenbahn zum Gegenstande hat, die Berlin und Bremen auf kürzestem Wege mit einander verbinden und die obengenannten drei Städte berühren soll.

Kassel, 21. November. Die Administration für Kurhessen, Abtheilung des Innern, hat von Berlin aus den Auftrag erhalten, eine Beschreibung der einzelnen Kreise des ehemaligen Kurstaats anzufertigen und einzuschicken.

— Diejenigen ehemaligen kurhessischen Leibgardisten, welche das Maß von 5 Fuß 8 Zoll und darüber haben, können auf Wunsch aus dem 80. Infanterie-Regiment in das 1. Garde-Regiment zu Fuß, welches in Potsdam garnisonirt, versetzt werden.

Frankfurt a. M., 21. November. Eine den hiesigen Militärpflichtigen, deren so viele in der Fremde weilen, sehr zu Statten kommende Erleichterung ist die Konzession, daß die Abwesenden, welche als Einjährige eintreten wollen, nicht persönlich zur Meldung und Musterung zu erscheinen brauchen, sondern daß das Alles schriftlich geschehen kann, daß sie auch unter den drei dienstpflichtigen Jahren sich eins wählen dürfen, in welchem sie eintreten wollen, und bei dokumentirter Verhinderung, auch noch in den zwei folgenden Jahren als Freiwillige eintreten können. — Herr Münzmeister Conrad von hier ist nach Berlin beschieden worden, um die demnächstige Uebernahme der hiesigen Münzstätte für Königl. Rechnung zu vermitteln, nachdem die kontraktlichen Verbindlichkeiten der Münze gegen die hiesige Bank mit Ende des Jahres erloschen sind. — Nachdem erst dieser Tage im Erdgeschosse des Börsengebäudes ein neues Post-Filiale eröffnet worden ist, wird demnächst ein ähnliches in der Langstraße eröffnet werden. So erfüllen sich unter Preußens Verwaltung die längst aber vergeblich gehegten Wünsche in Betreff des hiesigen Postwesens.

Wiesbaden, 20. November. Am Sonntag war eine von Häuserbesitzern und Spiel-Interessenten veranlaßte Deputation bei dem Herzog Adolf in Rumpenheim, um diesen der unveränderten Treue und Anhänglichkeit zu versichern. Der Herzog soll, wie bei ähnlichen früheren Veranlassungen, erwidert haben: „das Land habe solche Gesinnungen zeitiger bethätigen sollen, dann wäre es vielleicht nicht so gekommen."

Hamburg, 21. November. Die der „Nat.-Ztg." aus London als verbürgt mitgetheilte Nachricht, daß der hiesige Senat noch in der eilften Stunde einen Handelsvertrag mit England abzuschließen beabsichtige, daß aber von der englischen Regierung die Kompetenz des Senats hierzu, nach erfolgtem Beitritte Hamburgs zum norddeutschen Bunde bezweifelt werde, erfährt im „H. C." folgende Berichtigung: „Das Wahre an der Sache ist, daß nicht der Senat von Hamburg allein, sondern die Senate von Lübeck, Bremen und Hamburg mit der Königl. großbritannischen Regierung seit etwa zwei Jahren einen Schifffahrts- und Handels-Vertrag verhandeln, welcher zur Ergänzung desjenigen, welcher vom Zoll-Verein abgeschlossen ist, zu dienen hat. Der Korrespondent der „N.-Z." kann sich im Uebrigen beruhigen, ein solcher Vertrag würde niemals etwas gegen das norddeutsche Bündniß enthalten, die Hansestädte würden vielmehr, wie sie immer und zwar stets mit Erfolg zu thun bemüht gewesen sind, nur solche Bestimmungen aufzunehmen, welche nicht allein dem Handel und der Schifffahrt der Hansestädte, sondern auch dem von ganz Deutschland föderlich sind. Von einer Anzweiflung ihrer Aktiv-Legitimation abseiten der Königl. großbritannischen Regierung ist hier nichts bekannt geworden." — Wenn nun auch an der Versicherung des „H. C.", daß der in Rede stehende Vertrag nichts gegen die Interessen des norddeutschen Bündnisses enthalten werde, nicht gezweifelt werden soll, so dürfte der Abschluß desselben doch, nachdem die Verhandlungen darüber schon zwei Jahre gedauert, bei der gegenwärtig bevorstehenden Konstituirung des norddeutschen Bundes, in den Bereich der Kompetenz desselben zu ziehen sein.

Rudolstadt, 20. November. Heute starb hier im 68. Lebensjahre nach langen Leiden der Fürstl. Kammerherr und Geh. Kammerrath Ludwig Karl Gustav von Ketelhodt, Erbschenk der gefürsteten Grafschaft Henneberg und Mitglied der Gau-Erbschaft des Hauses Alten-Limpurg zu Frankfurt a. M.

München, 20. November. Die Verlustlisten der baierischen Armee aus dem letzten Kriege sind nun im Kriegsministerium festgestellt und abgeschlossen worden. Die Zahl der todten Offiziere beträgt danach 47, die der verwundeten Offiziere 111, zusammen 158. An Unteroffizieren und Soldaten blieben todt 282 Mann, verwundet wurden 1858, vermißt 567; diese drei Ziffern zusammen genommen ergeben 2707 Mann. Der Gesammtverlust der baierischen Armee betrug sonach 2865 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. Da aber der Gesammtverlust der Königl. preußischen Mainarmee (die übrigens nicht bloß gegen die Baiern gefochten) nach den offiziellen Ausweisen darüber 2694 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten betrug, so ergiebt sich für die baierische Armee ein Mehr von 171 Mann.

Ausland.

Paris, 19. November. Unter den Gebäuden, die sich auf dem Ausstellungsterrain erheben werden, wird sich auch ein ägyptischer Tempel befinden, und zwar eine getreue Nachbildung eines der alten Tempelmonumente von Karnak. Innerhalb desselben werden die Gegenstände ausgestellt werden, mit denen der Vicekönig von Aegypten die Ausstellung beschickt. Die Außen- und Innenwände werden mit Malereien bedeckt sein, deren Herstellung dem Herrn Bin anvertraut worden ist. Unter den Ausstellungsgegenständen innerhalb der französischen Abtheilung wird sich eine modellartige, große Nachbildung der Kirche von St. Denis befinden. Alle Grabsteine, Grabgewölbe und Monumente, welche den Chor und die Seitenschiffe schmücken, werden in richtiger Reihenfolge und in entsprechender Größe sich auch in diesem Modell befinden. Die Arbeit ist fast schon beendet und mit großer Sorgfalt ausgeführt.

Paris, 20. November. Die Nachricht von der Abreise des Kaisers Maximilian aus Mexiko bildet das Hauptthema der Besprechungen in unseren politischen Kreisen. Einige Blätter machen zwar auch heut noch den Versuch, das Ereigniß in Abrede zu stellen; aber die Nachrichten darüber sind zu positiv, als daß sie sich noch in Zweifel ziehen ließen. Die erste Mittheilung darüber geschah durch Herrn de Montholon, und ging somit über Nord-Amerika, und man glaubte daher, erst noch eine weitere Bestätigung abwarten zu müssen; heut Morgen aber sind direkte Nachrichten von Mexiko hier eingetroffen, die Jedermann überzeugen müssen, daß die Abreise des Kaisers Maximilian wirklich erfolgte, und daß er nicht mehr nach der mexikanischen Hauptstadt zurückkehren wird.

— Morgen ist Ministerrath in Compiègne und zugleich Schluß der ersten Serie. Die zur zweiten Abtheilung der Eingeladenen Gehörigen treffen dort Mittwoch ein. Die bekanntesten unter ihnen sind: Marquis de Moustier, St. Vallier, sein Kabinets-Sekretär, Graf Goltz; der neue Herzog von Montmorency, der Herzog Fernan-Nunez, der Marquis Bourgoing, der Graf d'Harcourt vom auswärtigen Arme, Herr Peyret vom Marine-Ministerium, O'Donnell und sein Adjutant, Graf Duteil u. s. w. Zur dritten Serie der Gäste gehören u. A. Walewski, Budberg und Marquis de Cadore, Gesandter in Karlsruhe.

— Die „Patrie" meldet, daß Hr. Gustav Rothen, bisheriger erster Gesandtschafts-Sekretär in Brüssel, zum französischen General-Konsul in Frankfurt a. M. ernannt worden ist.

— Der Bischof von Versailles hat einen Hirtenbrief über die ernsten Gefahren, welche dem päpstlichen Stuhle drohen, erlassen, und wirft dabei einen Blick auf die allgemeine Aufregung, in der sich jetzt Regierungen und Völker befinden, so wie auf das Unheil, das von allen Seiten und in jeder Form auf die Menschheit hereinbricht. Auch beklagt er inständig, daß dem heiligen Vater von Seiten der katholischen Christenheit nicht wirksamer geholfen wird. „Wäre der Glauben noch so stark, wie zu anderen Zeiten, ruft er aus, so würde sich in Europa ein heiliger Kreuzzug bilden, nicht mehr, um das Grab des Erlösers vor Entweihung durch die Ungläubigen zu entreißen, sondern um die Verwegenen zurückzustoßen, welche das Erbaut Petri zu zerstören, geschworen haben. Glücklich und tausendmal gesegnet seien die Familien, welche der päpstlichen Armee Soldaten gegeben haben! Glücklich und tausendmal gesegnet die Familien, welche dem heiligen Vater reichliche Gaben senden!

— Heut hat die Militär-Kommission in Compiègne wieder Sitzung gehabt. Es war bekanntlich in derselben der Bericht der Unter-Kommission vorzulegen. Ueber das definitive Projekt erfährt man noch nichts Positives. Doch wird behauptet, daß dasselbe die Vorschläge des Marschalls Mac Mahon enthalte. Hiernach soll jährlich eine Aushebung von 200,000 Mann vorgenommen werden. Dienstzeit, auf zehn Jahre festgesetzt, sei mit fünf Jahren in der aktiven Armee und mit fünf Jahren in der Reserve vertheilt. Die Stellvertretung bleibt für den aktiven Dienst gestattet, verhindert jedoch nicht, daß ein Jeder ohne Ausnahme zur Reserve gerufen werden kann. Prinz Napoleon hatte auch einen Reorganisations-Plan vorgelegt, worin die allgemeine Wehrpflicht in radikalster Weise als Prinzip aufgestellt war. Nach demselben sollte jeder Franzose ohne jegliche Ausnahme auf drei Jahre zum Militärdienst verpflichtet sein. Dieses Projekt hat dem Vernehmen nach in der Kommission nur drei Stimmen gehabt.

London, 20. November. Befürchtungen in Betreff einer beabsichtigten Invasion der Fenier werden immer wieder von Neuem laut: So scheint es nach Gerüchten aus sehr glaubwürdiger Quelle, daß die Versicherungen des Fenieroberhauptes Stephens über einen baldigen Besuch in Irland nicht bloße Rotomontaden sind. Die Regierung soll vollständig darüber unterrichtet sein, daß allwöchentlich Fenier in beträchtlicher Anzahl in Irland eintreffen, und Einrichtungen getroffen haben, den interessanten Gästen eine angemessene Gastfreundschaft und Aufmerksamkeit zu erweisen. Bei solchen Aussichten ist es durchaus nicht wahrscheinlich, daß die in Irland stationirten Truppen während des jetzigen oder selbst des nächsten Jahres vermindert werden.

Newyork, 6. November. Ueber die nächste Botschaft des Präsidenten Johnson erfährt man, daß sie sowohl in der inneren als auswärtigen Politik entschieden friedlich gehalten sein soll, vorausgesetzt natürlich, daß Maximilian oder die Franzosen in Mexico nicht noch in letzter Stunde Weitläufigkeiten machen. Das bekannte Schreiben des Generals Sheridan, das sich unbedingt und ausschließlich für die republikanische Präsidentur Juarez ausspricht, hat, wie es heißt, die vollständige Billigung Johnson's erhalten.

— Der „Newyorker Herald" bemerkt mit Bezug auf die Nachricht von Maximilians Abfahrt aus Mexico und die provisorische Diktatur des Gen. Castelnau: Das mexicanische Kaiserreich ist virtuell zu Ende und Napoleon giebt seine lateinischen Projekte auf diesem Kontinent auf, um die lateinische Race im südwestlichen Europa zu konsolidiren. Die Räumung Mexicos ist von den Ver. Staaten erzwungen worden, und es ist nicht mehr als in der Ordnung, wenn dieselben nun bei dem letzten Akt ein Wort mitreden. In wenigen Tagen gehen Gen. Sherman und Oberst Campbell, unser Gesandter bei der Republik Mexico, auf dem Regierungsdampfer „Susquehanna" nach Vera-Cruz ab. Sie werden dort in ihren militairischen und diplomatischen Spezialitäten mit Marschall Bazaine und General Castelnau konferiren und in Gemeinschaft mit ihnen das Protektorat über Mexico übernehmen, bis Präsident Juarez eine allgemeine Präsidenten- und Kongreßwahl veranstalten kann. Bis jetzt ist Juarez nur stellvertretender Präsident, und kann gegen dieses Arrangement nichts einzuwenden haben. Handelt er klug und patriotisch, so wird er der Lieblings- und ohne Zweifel der glückliche Kandidat sein und dann lange am Ruder bleiben. Frankreich und die Ver. Staaten haben jetzt die Aufgabe, Maxico so rasch wie möglich zu beruhigen, und dazu würde jenes Arragement am leichtesten verhelfen.

Pommern.

Stettin, 23. November. In dem heutigen Wahlakte zur Wahl eines Stadtverordneten für die 3. Abtheilung des 5. Wahlbezirks waren von 655 Stimmberechtigten 103 erschienen. Es wurde gewählt Herr Justizrath Pitzschky mit 64 Stimmen. Hr. Dr. Amelung erhielt 39 Stimmen.

— Der Kaufmann Kanzow hierselbst ist als Schiedsmann für den Königsbezirk verpflichtet und zu seinem Substituten der Kaufmann Kläber hierselbst bestellt worden.

Colberg, 20. November. Seit dem Auftreten der Cholera am 4. Juli cr. bis 20. d. M. wo die Cholera-Epidemie hier als gänzlich erloschen betrachtet wird, sind überhaupt Militair-Personen der hiesigen Garnison erkrankt: a) preußische Mannschaften 177, b) österreichische Kriegsgefangene 46, Summa 223; davon gestorben: a) Preußen 57, b) Oesterreicher 13, Summa 70. Demnach genesen 153 Mann.

— Heute Mittag 12 Uhr fand im großen Sessionszimmer des hiesigen Rathhauses die Vereidigung der durch Allerh. Kab.-Ordre vom 29. Juli d. J. von Sr. Maj. dem König ernannten Offiziere (die Herren Prof. Dr. Girschner, Kämmerer Prôst, Konsul Dreßler, Kaufm. G. Däumichen und Fabrikant L. Gronau) und Fähnriche (Kaufleute A. Schmidt, E. Wünscher und Maschinenbauer Lucht) des Königl. Bürger-Grenadier-Bataillons statt. Die Feierlichkeit wurde durch eine Ansprache des kommiss. Bürgermeisters, Herrn Assessor eröffnet, der durch einige passende Worte auf die Bedeutung des altehrwürdigen Institus und die Pflichten insbesondere der Offiziere desselben aufmerksam machte, worauf von Herrn Assessor Roth der Eid verlesen und von den Ernannten geleistet wurde. Nachdem der Kommandeur des Bataillons, Herr Müller und der Hauptmann der ersten Kompagnie, Herr Justizrath Goetsch, die neuen Kameraden mit einigen Worten begrüßt hatten, wurden von Ersterem die Patente vertheilt und der feierliche Akt mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den König geschlossen.

Zu wünschen wäre es, wenn unsere städtischen Behörden, wie in früherer Zeit, den neuen Bürgern den Eid auf Ober- und Untergewehr abnehmen würden, um unser einzig dastehendes Institut des Bürger-Grenadier-Bataillons, das nunmehr schon über 400 Jahre existirt und sich stets der Gnade unserer Regenten erfreute, uns auch für die Zukunft zu erhalten.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 22. November, Nachmitt. Wie der heutige „Staatsanzeiger" meldet, hat Professor Pauli in Tübingen die nachgesuchte Dienstentlassung erhalten. Die „Bürgerzeitung" theilt mit, daß alle in Tübingen studirenden Württemberger sich durch Unterschrift verpflichtet hatten, die Vorlesungen des Professors Pauli nicht zu besuchen.

Petersburg, 22. November, Abends. Der „Russische Invalide" dementirt die von der Ueberlandpost gebrachte Nachricht von der Konzentrirung einer bedeutenden russischen Heeresmacht bei Samarkand. — Aus Mittel-Asien eingegangene Nachrichten melden, daß die Festung Djusak, der letzte Stützpunkt des Emirs von Buchara im Sir-Darjathale, von den Russen nach achttägiger Belagerung erstürmt worden ist.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 22. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Bruno, Müller von Wismar; Willemina, Jonge von Petersburg; Alpha, Andersen von Stavanger; Die Ernte (SD), Schultz von Stolpmünde; Emilie, Brandt von Grimlsby, löscht in Swinemünde. Wind: N. Revier 16⅓ F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. November. Witterung: Schneefall. Temperatur: + 2° R. Barometer: 27" 10'". Wind SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, loco pr. 85pfd. gelber 80—85 Rt. bez., 83 bis 85pfd. gelber November 84⅞, ½ Rt. bez., November-Dezember 83 Rt. bez., Frühjahr 85½, 84¾, 85¼, 85 Rt. bez.

Roggen anfangs höher, Schluß niedriger, loco pr. 2000 Pfd. 57 bis 59 Rt. bez., November 58, 58¾, 58 Rt. bez., November-Dezember 57, 56¼ Rt. bez., Dezember-Januar 56⅛ Rt. bez., Frühjahr 54¾, ¼ Rt. bez., Br. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. schlesische und Oderbruch 48—49 Rt.

Hafer loco pr. 50pfd. 29—29½ Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 30½ Br., 30 Gd.

Erbsen loco Futter 54½ Rt. bez.

Rüböl still, loco 12⅓ Rt. Br., November 12⅙ Rt. bez., November-Dezember 12 Rt. Br., April 12½ Rt. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 16⅔, ⅝ Rt. bez., November 16½ $\frac{5}{12}$ Rt. bez., November-Dezember $16\frac{1}{12}$, 16 Rt. bez., Frühjahr 16½ Rt. bez., 12⅔ Rt. Br.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen, 100 Wspl. Roggen, 10,000 Quart Spiritus, 500 Ctr. Rüböl.

Stettin, den 22. November.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151¾ bz	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	144⅛ B	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10 Tag.	6 23⅞ B	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 21⅞ B	Comp.-Act.	4	655 B
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	110 B
"	2 Mt.	$80\frac{5}{12}$ B	Union	4	101 G
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	800 B
St. Petersbg.	3 Wch.	88⅞ G	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4½	Lomb. 5 %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	—
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C.	4	92 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	—
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	—
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P. E. A.	4½	—	Pommerensd.		
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—